

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 132.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Freitag, 19. März 1909.

Druckerei für Halle a. S.: Schulze & Co., durch die Post bezogen 8 M. für das Vierteljahr, 24 M. für das halbe Jahr, 48 M. für das Jahr. — Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulze & Co., durch die Post bezogen 1 M. für das Vierteljahr, 2 M. für das halbe Jahr, 4 M. für das Jahr. — Druckerei für Halle a. S.: Schulze & Co., durch die Post bezogen 1 M. für das Vierteljahr, 2 M. für das halbe Jahr, 4 M. für das Jahr.

Abdruckungsbefugnis für die Provinz Sachsen: Die Provinz Sachsen ist durch die Provinzialverwaltung für die Provinz Sachsen. — Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulze & Co., durch die Post bezogen 1 M. für das Vierteljahr, 2 M. für das halbe Jahr, 4 M. für das Jahr.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Schulze & Co., durch die Post bezogen 1 M. für das Vierteljahr, 2 M. für das halbe Jahr, 4 M. für das Jahr. — Druckerei für Halle a. S.: Schulze & Co., durch die Post bezogen 1 M. für das Vierteljahr, 2 M. für das halbe Jahr, 4 M. für das Jahr.

Geschäftsstelle in Berlin: Postfach 14. — Telefon Amt VI Nr. 11494. — Druck und Verlag von Otto Zschille in Halle a. S.

Zur Orientkrise.

Ein letzter gemeinsamer Schritt Frankreichs, Englands und Russlands soll in Serbien verhandelt werden. Der Pariser „Figaro“ veröffentlicht nämlich folgende Meldung:

Wir erfahren aus autoritativer Quelle, daß sich die Regierungen von Petersburg, London und Paris dahin geeinigt haben, gemeinsam an Serbien eine Note zu richten, worin sie von Serbien verlangen, daß es die Grundlage einer Verständigung mit der kaiserlich-russischen Monarchie suche, weil die genannten drei Mächte eine solche Verständigung für absolut notwendig erachten. — Dieser entscheidende Schritt, welcher von der Berliner Regierung gänzlich aufgenommen worden ist, ist schon Mittwochs abgelehnt worden, und man erwartet davon in Paris das beste Resultat. (?) Wie es weiter heißt, hat Russland bei der Redaktion dieser Note eine Forderung gemacht, welche die nationale Eigenliebe der serbischen Nation (samt?) gleichgültig aber auch in Oesterreich-Ungarn mit Verdrößlichkeit (?) aufgenommen werden dürfte. Auf jeden Fall werde dieser entscheidende Schritt den Serben zeigen, daß diese drei Mächte den festen Willen haben, alles zu tun, damit der Konflikt mit Oesterreich-Ungarn in friedlicher Weise gelöst werde.

Daß Deutschland und Frankreich wegen einer friedlichen Lösung der Balkankrise im engsten Verkehre miteinander stehen, geht aus folgender Tatsache hervor. Der französische Ministerpräsident empfing am Mittwoch in der Angelegenheit des Hofstrittes eine Anzahl von Deputierten und machte im Laufe des Gespräches mit ihnen die Bemerkung, daß auch Regierungsbefehle nicht mehr telegraphisch werden. Da aber Paris mit Berlin wegen der Balkankrise unterhandeln müsse, so habe die französische Regierung einen besonderen Vertreter nach Brüssel entsandt, der dort auch mit der deutschen Regierung einen Austausch unterhalte.

Unvollständig wird in Wien zwar noch immer die Tatsache der österreichischen Mobilmachung besprochen und diskutiert, es handelt sich nur um eine Verhärterung der Truppen in Bosnien. In bestunterrichteten Wiener Kreisen wird berichtet, daß Oesterreich den betreffenden Mächten mitgeteilt habe, es solle fortgesetzt jedes friedliche Mittel versucht werden. Es handelt sich aber wahrscheinlich nur noch um wenige Tage, da der heutige mobile Zustand nicht mehr lange aufrecht erhalten werden kann. Die kriegerischen Verwicklungen können aber jeden Augenblick ausbrechen.

Wie das „Wiener Journal“ erzählt, ist durch königliche Order vom 17. März die vollständige Mobilmachung in Serbien angeordnet. Gleichzeitig wurden Teile der Kavallerie zur Uebernahme einberufen. Auch das 14. österreichische Armeekorps in Tirol und Vorarlberg, dessen Standort in Innsbruck sich befindet, hat Mobilmachungsbefehl erhalten. Ebenso haben verschiedene Divisionen des kaiserlichen Mobilmachungsbefehls erhalten. Auch das dritte Armeekorps in Graz ist auf Kriegsfuß gesetzt. Ein Telegramm aus Pola meldet, daß die österreichisch-ungarische Flotte bereit zum Auslaufen ist. Es ist ein fortwährendes Kommen und Gehen von Kriegsschiffen und der ganze Hafenplatz ist vom Kriegsflieger erfüllt.

Ueber Rußlands militärische Maßnahmen wird gemeldet: Russland hat seit einiger Zeit in Polen die kaiserlichen Truppenmassen an. In allen unterrichteten Kreisen werden diese Maßnahmen nur als Bluff betrachtet. Jedemfalls aber ist ihr Umfang ein sehr ausgefallener, wie aus folgenden von Lemberg kommender Nachrichten hervorgeht: Nach amtlicher Meldung hat Russland seine Bahnschienen für Kieweise aus dem Westen verhängt. Zeitungskorrespondenzen werden nur mit einer besonderen Genehmigung der Petersburger Regierung nach Ausland eingelassen. Die Grenze ist auf russischer Seite militärisch so stark besetzt, wie seit dem Jahre 1879 nicht wieder gesehen.

Der montenegrinische Geschäftsträger in Konstantinopel verfiel namens seiner Regierung dem kaiserlichen Großfürsten, daß Montenegro absolut keine kriegerischen Absichten auf den Sanjak Nisibazar habe. Nach einem Telegramm des kaiserlichen Gesandten in Belgrad hat dieser die gleiche Versicherung vom Fürsten von Montenegro erhalten.

Folgendes kleine Intermezzo, das es am Mittwoch in der türkischen Supplina bei der Beratung über den Kriegszustand gab, ist immerhin interessant: Ein Sozialist erklärte sich gegen die Erklärung, und als ein Nationalist gegen diese derartige Festsetzung Einspruch erhob, antwortete der friedliebende Anhänger der Freiheit damit, daß er seinem wartenden Gegner eine schallende Ohrfeige versetze. So kam zu einem kleinen Handgemenge, und es wurde einige Zeit, bis dieser parlamentarische Krieg im Frieden beigelegt werden konnte.

Die neuesten Meldungen lauten: Paris, 18. März. Die „Agence Havas“ erzählt aus Belgrad: Nach umfangreichen Gerüchten soll die serbische Regierung geneigt sein, sich hinsichtlich der Antwort, die sie nach dem neuen Schritt des Grafen Borchan an Oesterreich-Ungarn machen wird, den Anregungen der Mächte zu fügen.

Wie es heißt, wäre sie auch bereit, abzurufen, falls ihr die Mächte dazu raten sollten.

London, 18. März. In Beantwortung einer Anfrage betreffend die vorgeschlagene europäische Balkankonferenz erklärte der Staatssekretär des Auswärtigen, Sir Edward Grey, heute im englischen Unterhause: Die britische Regierung hat immer daran festgehalten, daß bezüglich der künftigen Fragen eine vorherige Verständigung zwischen allen Mächten getroffen werden sollte, bevor die Konferenz einberufen wird. Die Verhandlungen sind noch im Gange. Ich bin anherbeif, zur Zeit weitere Mitteilungen zu machen.

Sofia, 18. März. Wie aus Regierungskreisen verlautet, hat die bulgarische Regierung die russische Regierung ersucht, den überigen Großmächten die sofortige Anerkennung Bulgariens vorzuschlagen, nachdem die Komplexionsfrage bereits im Prinzip entschieden sei. — Vertauenswürdigem Nachrichten aus Cetinje zufolge soll eine montenegrinische Brigade mobil gemacht und gegen Spigaz dirigiert worden sein.

Budapest, 18. März. Im Abgeordnetenhaus gab eine Interpellation des Abgeordneten Miklos Szemere in der heutigen Sitzung Anlaß zu lebhaften Diskussionen für den deutschen Kaiser. Szemere richtete an den Ministerpräsidenten die Frage, ob er geneigt sei, seinen Einfluß auf die Leitung der auswärtigen Politik dahin geltend zu machen, daß diese nicht in der Possibilität verharre, sondern aktive Politik mache. Redner führte aus: Wir brauchen vor dem europäischen Konzert nicht zu erschauern; Abtun wird dem Deutschem nicht spengen. Deutsches Recht und zur Seite und Kaiser Wilhelm soll stehen uns aus in gewandter Szene. Bei diesen Worten erhoben die Abgeordneten ohne Parteimittelschied in stürmische Eisenstöße auf Kaiser Wilhelm aus. Die Interpellation wurde von dem Ministerpräsidenten in der heutigen Sitzung nicht beantwortet.

Wien, 18. März. Der Währungsaußschuß hat die Vorlage betreffend das Vertrauensverhältnis angenommen. In die Debatte griff auch der Landesverordnungsminister von Georgi mit einer längeren Rede ein. Bezüglich der Gerichte, die an die gegenwärtigen Einberufungen von nicht altlichen Mannschaften geknüpft werden, erklärte der Minister, sei er in der Lage zu konstatieren, daß diese Maßnahme auch nicht entfernt an eine Mobilisierungsvorbereitung herantreffe, es handle sich vielmehr lediglich um seit längerer Zeit vorbereitete Ergänzungen und Truppenverlegungen. (Siehe auch unter: Letzte Telegramme.)

Deutsches Reich.

Die Finanzkommission des Reichstages setzte am Donnerstag die Generaldebatte über die Beratung des Paragraphen 1 des Entwurfs des Einkommensteuergesetzes fort. Die Konserverativen und die Reichspartei brachten einen Antrag ein, der anstelle der Progressionsteuer eine allgemeine Einkommensteuer bezweckt, die Weinsteuer für Wein und Traubenmost im Werte von mehr als 40 Pf. für den Hektoliter auf 7 1/2 Pf. für das Liter festsetzen will und gewisse Befreiungen von der Steuer vorseht. Die Kommission überwiegt mit 12 gegen 10 Stimmen die Vorlage mit dem konservativen Antrag einer Subkommission. Diese soll sich auch mit der Frage der Besteuerung der Alkoholischen Getränke beschäftigen. Heute soll die Interpellation erörtert werden.

Die Subkommission des Reichstages, bei der Fortsetzung der Beratung der Budgetkommission des Reichstages am Donnerstag trat Staatssekretär v. Tirpitz der vielfach vertretenen Auffassung, als ob die Marine aus dem Vollen schöpfen, entgegen. Darauf ging der Staatssekretär die größeren Höhen des Etats durch. Da in den Indienststellungen, Dienstleistungen usw. ohne Gefährdung der Schiffsfertigkeit der Flotte ummöglich gelert werden könne, sei es zu erwägen, ob bei der Instandhaltung der Flotte oder der Werften zu sparen sei. Bei der Instandhaltung der Schiffe sei für die Zukunft beabsichtigt, eine Verringerung einzutreten zu lassen, da es sich nur noch um die Bereitstellung der Schiffe für einen heimischen Kriegsfall, nicht mehr um eine allen möglichen Fällen Rechnung tragende Instandhaltung wie bisher handeln werde. Auch der weitere Verlauf von allen Schiffen, welche im Reparaturarbeiten gemindert würden. Das sei besonders wegen der Arbeiterhöherleistungen zu begründen. Während früher nur etwa 50 Prozent auf den Privatwerften gebaut worden seien, seien seit Einführung der Flottenflotte 75 Prozent der Neu- und Ersatzbauten Privatwerften und nur 25 Prozent auf den staatlichen Werften gebaut worden. Die Arbeiterleistungen betreffen, sagte der Staatssekretär, sei für die Zukunft im letzten Jahre zunächst gesunken, was sich wegen der hohen Instandhaltungskosten an 23 englische Firmen mit Aufträgen zu wenden. Da aber das Schiffsbudget später mit seinen Preisen herangezogen sei, sei es erfreulicher Weise möglich geworden, dem Lande die Lieferungen zu erhalten. Was die Werftverwaltung betreffe, sagte der Staatssekretär, sei für die Zukunft die Verstaatlichung einer Veranlassung unumgänglich. Die Höhe der Werftausgaben sei in der Presse vielfach überschätzt worden. Der jetzige Betrieb beanfrage bei den staatlichen Werften ein sehr großes, bei den privaten Werften ein sehr kleines

Personal. Das schlimmste seien aber die Schwierigkeiten der Rechnungsführung; eine besondere Kommission sei eingesetzt, um nachzusehende Untersuchungen über die Möglichkeit von Sparmaßnahmen anzustellen. Seit Beginn der Flottenflotte sei der prozentuale Anteil des Kapitals „Indiensthaltung“ im gesamten Etat, das heißt also der Aufschlag der gesamten Ausgaben von 21,5 Prozent auf 27,5 Prozent im Jahre 1909 gestiegen. Wir haben, sagte der Staatssekretär, seit Beginn der Flottenflotte 500 Millionen weniger als Frankreich und zwei Milliarden weniger als die Vereinigten Staaten für die Marine ausgegeben. Das dem 10. Teil, sei weniger das Verhältnis der Marine, als vielmehr des Reichstages, der durch die Bewilligung der Flottenflotte eine rationale Wirtschaft ermöglichte. Daraus ließ sich der Direktor des Reichsdepartements, Viceadmiral Preußing, über die Wert-Unterschiede aus und sagte, nach den bisherigen Feststellungen betragen die Untersuchungen unter anderem eine Million, nicht mehrere Millionen. Der größte gemacht Fehler sei das zu große dem Finanzdirektor Heinrich gesendete Vertrauen gewesen. Im weiteren Verlaufe der Beratung erklärte Staatssekretär von Tirpitz gegen die Behauptung eines Zentrumsgesandten, daß die Marine bei Vergebung der Schiffsbauten ganz besonders kaufmännisch vorgegangen sei.

Von unabhätbaren Zuständen auf den kaiserlichen Werften könne keine Rede sein, die sehr weitgehenden Vorwände des Reichstages müsse er energig zurückweisen. Dann sprach der Staatssekretär über die Gehaltsverhältnisse der Marine und Marine und sagte, daß bei Betrachtung der Vorbudgete man übersehen, daß die Familie eines eingetragenen Offiziers unter anderen Umständen weiterleben müsse. Auf eine Anfrage wegen der gemeldeten Verhandlungen im englischen Unterhause sagte Staatssekretär v. Tirpitz, an ihn sei keine Anfrage betreffend Einschränkung der Seeräuber beantragt. Er müsse nochmals feststellen, daß wir 1912 nicht 17 Dreadnoughts, sondern nur 13 bauen würden. Auf Antrag eines Zentrumsgesandten wurde beschlossen, die Kommission, den Reichstagsrat und den Staatssekretär des Auswärtigen zu ersuchen, der Kommission weitere Aufschlüsse in der Angelegenheit zu geben.

Zur Frühlingskammer bei den Reichstagen waren am Donnerstag der türkische Minister Nisai-Bakda, der türkische Botschafter, Reichstagsrat Fürst von Bülow und Staatssekretär v. Schoen geladen.

Vorträge beim Kaiser. Dem „Reichsanzeiger“ zufolge nahm der Kaiser am Donnerstag im königlichen Schloß zu Berlin die Vorträge des Präsidenten der Militärerprobungskommission, General der Infanterie Rehrer, des Chefs des Generalstabes der Armee, General der Infanterie v. Wolff, und des Chefs des Militärkabinetts, Generalleutnants Frhr. v. Linder entgegen.

Aus Anlaß des Besuchs des Regenten von Braunschweig in Wünden fand am Donnerstag eine Hofstafel statt, an der alle Mitglieder der kaiserlichen Familie, Prinz Ernst August von Braunschweig u. a. teilnahmen. Während der Tafel brachte der Prinzregent und der Herzogenerbprinze die Trinksprüche aus.

Preussischer Landtag.

Verenbarung. 4. Sitzung vom 18. März, 1 1/2 Uhr. Am Ministerisch: Frhr. v. Rheinbaben, Schwarzschopf. Nach der Verlesung der neu eingetragenen Mitglieder beginnt die einmalige Schlussberatung des Antrages Graf Mirbach auf Geltungnahme gegen jeden weiteren Ausbau der Reichsverschaffungssteuer. Graf v. Mirbach: Der Antrag datiert vom 21. Oktober 1908. Unser Präsident hat uns ja seitdem von den Gefahren der Großland befreit. (Beifall.) Der Reichsverschaffungsricht in die harte Weichheit gegenüber, in der die deutschkonserverative Fraktion den Rucher de Bronze gibt, genau wie die deutschkonserverative Fraktion des Abgeordnetenhauses einen Rucher de Bronze gegen jede Änderung des preussischen Wahlrechts bildet. (Beif. Bravo!) Der Antrag ist also in mehr als einer Hinsicht antiquiert, so daß ich auf seine Beratung keinen Wert mehr lege. Ich ziehe den Antrag zurück.

kleine Entwürfe. Die Vorlage über die Vereinigung der Städte Garbrücken, St. Johann und Walsdorf-Burkha zu einer Stadtgemeinde Saarbundes sowie die Vorlage über die Bildung eines Landkommunverbandes für Selgoland werden noch kurzer Erörterung angenommen. Darauf wird die gestern begonnene Beratung über die gesellschaftliche Behandlung der Beamtenbesoldungsvorlagen

zu Ende geführt. Oberbürgermeister Dreiffel-Brandenburg: Wir müssen schon jetzt 145 Prozent des Einkommensteuereffekts auf Schulden verwenden. Wie weit müssen wir nach Inkrafttreten des neuen Beamtenbesoldungsgesetzes in den Steuerzuschlägen gehen, die schon jetzt 200 Prozent betragen? Gerade im Jahre 1909 dürfen sich die Beamten nicht der Gemeinden. Jetzt zeigt sich die Wirkung des neuen Unternehmungskostenzuschusses und das an sich begründete erweiterte Sonderprivileg schafft neue Kinderrenten. Sollen wir die Mehrausgaben etwa durch Anleihen decken? Die Regierung wartet ja immer wieder vor neuen Anleihen. Die Regierung also nicht aufbringen, was das Gesetz von uns verlangt; hier hat uns auch das Abgeordnetenhauses seinen Veto gezeigt. Auch mit dem kommen, die uns zur Verfügung gestellt werden sollen, werden wir nicht auskommen. Das die Lehrer aufgebracht werden müssen, darüber besteht keine Frage. Aber die Leistungsfähigkeit

Main table containing financial data, stock prices, and market information. Includes columns for various securities, their prices, and exchange rates.

Vertical text on the right side of the page, likely containing market commentary or additional financial data.